

Alternative Inflationsbekämpfung: Preiskontrollen statt Zinserhöhungen?

Nur Knappheitsgewinner

Inflation zerstört unser Geld. Sie vermindert Sparanreize, verzerrt Kauf- und Investitionsentscheidungen – und es gibt ein Gerechtigkeitsproblem: Sparer werden inflationär enteignet, Haushalte mit hohen Ausgabenanteilen für Miete, Nahrungsmittel und Energie erleiden besonders starke Realeinkommensverluste. Letzteres hat direkte und indirekte Preiseingriffe gesellschaftsfähig gemacht: eine EU-Übergewinnsteuer für fossile Energiekonzerne, einen Preisdeckel für Strom, Gas, Fernwärme und Mieten. Aktuell erscheinen sogar Preiskontrollen, wie man sie aus Nachkriegs- oder DDR-Zeiten kannte, als plausible Lösung. Anlaß ist ein Papier der VWL-Professorin Isabella Weber (University of Massachusetts Amherst): Statt Leitzinserhöhungen mit der Gefahr eines Anleihen- und Banken-Crashes sowie einer Pleitewelle bei Firmen werden hier regierungsseitige Preiskontrollen à la Franklin D. Roosevelts „New Deal“ von 1933 vorgeschlagen.

Hintergrund sind US-Daten und solche des Euroraumes, nach denen Unternehmensgewinne vornehmlich für die Preissteigerungen verantwortlich sind. Danach gingen in den USA 2022 steigende Profite zu 54 Prozent in die Inflation ein, während die Lohnstückkosten lediglich acht Prozent beitrugen. Im Euroraum hatten in den Sektoren Landwirtschaft, Energie/Versorger, Industrie, Bau und Nahrungsmittel im Zeitraum Ende 2019 bis Ende 2022 die Gewinnsteigerungen einen höheren Anteil an der Inflation als Lohnerhöhungen. BMW, Bosch, Hapag Lloyd, Porsche, Viessmann oder Mercedes weisen aktuell hohe Gewinne aus, während die Reallöhne in Deutschland im dritten Quartal 2022 um 5,7 Prozent fielen. Was liegt da näher, als eine Preis- oder Profittkontrolle zu fordern? Es lohnt ein Blick auf die eigentlichen Preistreiber. Die



von
Dirk Meyer

„Investitionen in Kapazitätserweiterungen und technischen Fortschritt würden gehemmt.“

zu Zeiten der massiven Anleihekäufe gelegten Geldhorde wurden mit dem Ende der Covid-Beschränkungen aufgelöst – hier muß das Zentralbankgeld direkt durch die Abgabe der Wertpapiere und/oder Leitzinserhöhungen wieder eingesammelt werden. Lieferkettenprobleme, Rohstoffengpässe und Fachkräftemangel sprechen für Verknappungen des Angebots.

Das Ergebnis sind Knappheitsgewinne, die im Zeitverlauf erodieren werden. Hinzu kommen staatliche Regulierungen nicht nur bei Energie, die zu steigenden Kosten geführt haben. Preisbegrenzungen würden diese Anpassung verzögern, da die Anreize einer „Entknappung“ verlorengingen. Investitionen in Kapazitätserweiterungen und technischen Fortschritt würden gehemmt. Sollten die Preise gar langfristig zu Verlusten führen, würde das Angebot weiter eingeschränkt werden. Umgehungen, Schwarzmärkte und Qualitätsminderungen könnten attraktiv werden. Es käme zu einer zurückgestauten Inflation. An was will der „Preiskommissar“ die „richtigen“ Preise ausrichten? Eine umfangreiche Bürokratie mit Überwachung, Kontrollen und Verfolgung von Vergehen würde notwendig. Was kurzfristig als Lösung erscheint, fährt langfristig gegen die Wand. Der Mietwohnungsmarkt spricht

Bände. Sollten – wie behauptet – marktmächtige Oligopole die gestiegenen Kosten für Vorleistungen zu weiteren Aufschlägen nutzen, so wären das Kartellamt und die Wettbewerbspolitik gefragt. Kein Abdriften in eine DDR 2.0, sondern eine Rückbesinnung auf eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik scheint angeraten.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► peri.umass.edu/economists/isabella



Mitarbeiter im VW-Werk in Kaluga: Jahrzehntlang wurde im guten Glauben in Rußland investiert

Verluste und Enteignungen

Ukraine-Krieg: Die westlichen Sanktionen sind in ihren Auswirkungen kaum zu überschauen

THOMAS KIRCHNER

Als finanzielle Atombombe wollte Jake Sullivan die Sanktionen gegen Rußland einsetzen und so ein schnelles Ende des Ukraine-Krieges erzwingen. Die Strategie von Joe Bidens nationalem Sicherheitsberater ist gescheitert. Rußlands Wirtschaft expandiert zwar nicht, stürzt aber auch nicht ab. Der Rubel ist sogar noch stärker als vor dem Krieg, was die gestiegenen Kosten für Importe abfedert. Wie so oft finden sich stattdessen Unbeteiligte im Spinnennetz der Sanktionen gefangen, während andere sich als Profiteure eine goldene Nase verdienen.

Die westlichen Sanktionen sind vielschichtig und in ihren Auswirkungen kaum zu überschauen. Das Ziel, russische Zahlungen und Finanztransaktionen zu verhindern, wurde erreicht. Aber dabei schoß man über das Ziel hinaus. Inzwischen sind Enteignungen an der Tagesordnung. Beispielsweise sollten ursprünglich nur neue Finanzierungen für Rußland verhindert werden, was aus westlicher Sicht sinnvoll erschien. Allerdings wurden auch russische Zins- und Dividendenzahlungen an westliche Anleger verhindert. Das schadet nicht nur den Anlegern, die das ihnen zustehende Geld nicht bekommen, sondern hilft den russischen Schuldner, die jetzt ihre Kredite zinsfrei haben.

Faktischer Schuldenerlaß für russische Oligarchen?

Wladimir Putins Oligarchen stecken die Milliarden in die eigene Tasche, die sie sonst westlichen Anlegern hätten überweisen müssen. Man kann bezweifeln, daß sie deswegen sauer auf ihren Präsidenten sind. Und weil Rückzahlungen der Anleihen nicht möglich sind, schaffen die Sanktionen einen faktischen Schuldenerlaß für russische Oligarchen. Die dadurch nicht stattfindenden Kapitalabflüsse wiederum tragen zur Stärkung des Rubels bei.

Aktuelles Beispiel ist der Stahlkonzern Evraz, der seine am 20. März fällige Anleihe über 750 Millionen Dollar trotz ausreichender Liquidität nicht zurückzahlen durfte – also ein vom Westen verordneter Schuldenerlaß. Roman Abramowitsch, dem 30 Prozent der Firma gehören, ist anteilig um

eine Viertelmilliarde Dollar bessergestellt. Zusätzlich spart Evraz derzeit 77 Millionen Dollar jährlich an Zinsen auf Kosten der Anleihebesitzer. Als Reaktion auf die verhinderten Zins- und Rückzahlungen beginnen russische Emittenten mit dem Umtausch ihrer Anleihen in auf Rubel laufende Papiere. Gazprom hat bereits zwei kleinere, 2025 und 2027 fällige Anleihen umgetauscht. Ein Gesetzentwurf sieht den Zwangsumtausch aller Papiere vor. Westlichen Anlegern hilft das nicht, denn auch das russische Wertpapiersammeldepot NSD steht unter Sanktionen. Es scheint Teil einer Entflechtungsstrategie Moskaus vom internationalem Kapitalmarkt zu sein, „De-Offshoring“ genannt.

Es galt bislang als positiv, wenn Firmen aus Ländern wie Rußland ihren Firmensitz in einem Staat haben, der westlichen Rechtsstandards unterliegt: Zypern, die Kanalinseln Jersey und Guernsey oder einige Karibikinseln sind deshalb beliebte Firmensitze anlegerfreundlicher russischer, aber auch chinesischer Firmen. Die Russen beginnen nun mit der Verlagerung ihrer Firmensitze zurück in die Heimat. Seit Januar liegt in der Duma ein Gesetz bereit, wonach Aktionäre bei Repatriierung einer Firma eine Frist von nur sechs Monaten haben werden, ihre alten Anteile in neue umzutauschen.

Nicht fristgerecht umgetauschte Anteile gehen in den Besitz der Russischen Föderation über. Noch ist es nur ein Gesetzentwurf, doch er geht in die gleiche Richtung wie ein ähnlicher Vorschlag eines Verbands russischer Industrieller (RSPP). Enteignung ist also die Richtung, die auch Rußland einschlägt. Neuregistrierung von Eigentum als Verwaltungsakt zur Enteignung ist nicht neu. In anderen Ländern wird dies zur Enteignung ethnischer Minderheiten eingesetzt, die vertrieben werden, woraufhin die Grundbücher neu erstellt werden für alle Nichtvertriebenen. Rußland hat dies bereits 2014 bei Immobilien auf der Krim praktiziert, die im Besitz von Ukrainern und anderen Ausländern waren. Auch damals leistete der Westen Beihilfe zur Enteignung: Reisen auf der Krim zur Wahrung des Besitzanspruchs fiel unter die Sanktionen.

Ein Eigner von Hinterlegungsscheinen russischer Aktien fragte das FDP-Bundesfinanzministerium an, wie die Regierung denn Kleinanlegern helfen wolle, deren Hinterlegungsscheine für russische Aktien durch das Zusammenwirken von Sanktionen und russischen Gegenmaßnahmen enteignet werden (JF 6/23). Er wies insbesondere auf die seit

Jahrzehnten von allen Bundesregierungen propagierte private Vermögensbildung hin. Deutschland ist in dem Bereich bekanntlich Schlusslicht in Europa. Das Ministerium von Christian Lindner gestand ein, daß auch Kleinanleger von den Sanktionen betroffen sein können, doch „eventuelle Ausgleichsansprüche bestehen hierfür nicht.“ Die Sanktionen „gelten vielmehr unmittelbar für jedermann.“ Die Antwort zeigt, daß sich in Berlin niemand um die Auswirkungen Gedanken macht.

Neben Privatanlegern auch BASF und Volkswagen direkt betroffen

Doch nicht jedermann ist mit den gleichen Konsequenzen konfrontiert. Die BASF-Tochter Wintershall beispielsweise hat insgesamt 7,3 Milliarden Euro in Rußland abgeschrieben. Doch für mindestens 1,8 Milliarden gibt es Investitionsgarantien des Bundes, und so wird wahrscheinlich ein Teil der Verluste durch den deutschen Steuerzahler ersetzt. Der Wolfsburger Volkswagen-Konzern streitet vor einem Gericht in Nischni Nowgorod an der Wolga um eine Beteiligung am Gemeinschaftswerk mit dem russischen Unternehmen Gaz in Kaluga, die eigentlich verkauft werden soll. Auch hier droht Enteignung. Ein russisches Schiedsgericht hat am 3. April die Pfändung des VW-Werks zwar zum Teil aufgehoben. Eingefroren bleiben allerdings finanzielle Beteiligungen.

Im nachhinein ist es leicht, alle auszulachen, die vor ein paar Jahren im guten Glauben in Rußland investiert haben. Doch kann sich ein Exportweltmeister nur auf Geschäfte mit garantiert friedlichen Skandinavien und neutralen Schweizern beschränken? Überall sonst auf der Welt kann schon morgen ein mißliebiger Regime herrschen, das mit schweren Sanktionen belegt wird. Heute wird begeistert Gas in Katar gekauft, morgen kann die Großwetterlage schon anders sein. Die Defizite der westlichen Sozialstaaten werden heute von Handelsüberschüssen des globalen Südens finanziert. Aber nur solange der nicht Angst vor Enteignung durch Sanktionen haben muß.

EU-Sanktionen gegen Rußland im Detail:
► consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained

Bringt das 49-Euro-Deutschlandticket dem ÖPNV mehr Fahrgäste?

Zwangsumstieg angedeutet

Von Jörg Fischer

Überfüllte Züge, frustrierte Pendler, Zugrückstellungen, zurückgelassene Fahrgäste, kein Platz für Kinderwagen, Rollstühle und Fahrräder – das 9-Euro-Ticket stürzte den ÖPNV in den drei Sommermonaten 2022 auf hochbelasteten Strecken ins Chaos. Die Fahrgastzahl gegenüber dem Corona-Jahr 2021 stieg um 29 Prozent auf fast 10,2 Milliarden. Doch trotz der 52 Millionen verkauften 9-Euro-Tickets und 2,5 Milliarden Euro an Steuergeld für die Einnahmeausfälle bei den Verkehrsbetrieben waren es dennoch 14 Prozent weniger Fahrgäste als 2019, wie das Statistische Bundesamt vorrechnete. Das ab 1. Mai nutzbare 49-Euro-Deutschlandticket dürfte noch weniger Autofahrer zum Umstieg auf den engen Bus und die unpünktliche Bahn animieren.

Und das nicht nur weil der „Einführungspreis“ ab 2024 „dynamisiert“, also jährlich um die Inflationsrate erhöht werden soll. Die Zahl der „Gewalttaten mit Messern“ in Zügen und an Bahnhöfen hat sich 2022 fast verdoppelt – auf 336. Insgesamt registrierte die Bundespolizei 398.848 Straftaten. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Wochenbericht 14-15/23) rechnet nicht mit einem verkehrspoli-

litischen Erfolg des Deutschlandtickets. Man habe deutlich erkannt, „daß der Preis nur eine Komponente ist, die einen Effekt auf die Attraktivität des ÖPNV hat“, erklärte DIW-Ökonom Dennis Gaus. Ganz wichtig sei ein zuverlässiges Verkehrsangebot: „Es muß möglich sein, in einem vorher geplanten Zeitrahmen sein Ziel zu erreichen.“ Und auf dem Land müßte der ÖPNV so ausgebaut werden, daß die Menschen ihn „als Alternative wahrnehmen“.

Nur all das kostet Milliardensummen – der Fahrpreis müßte also steigen. „Das System Bahn wurde über Jahrzehnte heruntergewirtschaftet und ist nicht mehr funktionsfähig“, konstatierte auch Claus Weselsky, Chef der Lokführergewerkschaft GDL im *Focus*. Doch „einen Zustand wie in der Schweiz“ kann es bei der Bahn nicht geben, denn die Ampel-Parteien und die Union haben andere finanzielle Prioritäten: verschärfte Energiewende, militärische Zeitenwende, massive Zuwanderung. Daher drohen drastische „Steuerungsinstrumente“ zum Zwangsumstieg auf den ÖPNV – die DIW-Empfehlung „Parkraummanagement“ gibt die Richtung vor: Autofahrer soll für die Mittelschicht unbezahlbar werden.

Schreiben Sie?

Seit 1976 verlegen wir
Romane • Lyrik • Anthologien
Sachbücher • Wissenschaften
Wir freuen uns auf Ihr Manuskript!

Haag + Herchen Verlag GmbH
Schwarzwaldstraße 23 • 63454 Hanau
Telefon 06181/520 670-0
Fax 06181/520 670-40
www.haagundherchen.de

Wartburgregion erleben – 100% bio genießen

STIFTSGUT
**WILHELMS
GLUCKS
BRUNN**
BIOHOTEL • CAFÉ
RESTAURANT

Hotel und Ferienwohnungen am Werratal - Radweg • Biomarkt mit Vollsortiment • 100% Bio-Restaurant & Café • Käsemanufaktur

Tel. 036926/7100320 • www.wilhelmsgluecksbrunn.de
biohotel@wilhelmsgluecksbrunn.de • 99831 Amt Creuzburg

WENN NIEMAND MEHR DIE ABHÖRPRAKTIKEN DER NSA AUFDECKT, SIND UNSERE DATEN DANN WIEDER PRIVAT?

REPORTER OHNE GRENZEN

WERBEN SIE IN DER
JUNGEN FREIHEIT

Kleinanzeigen in der JF - Herr Beck
Telefon 030 - 86 49 53 - 67
beck@berliner-medienvertrieb.de

